

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

X. Gesetzgebungsperiode – 21. Oktober 1981

Inhalt:

Personalien:

Berufung von vier Abgeordneten als vorläufige Schriftführer (1).

Angelobung der Abgeordneten (1).

Wahlen:

Wahl des Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (2).

Redner: Landeshauptmann Dr. Krainer (2).

Wahl des 2. Landtagspräsidenten (2).

Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross (2).

Wahl des 3. Landtagspräsidenten (2).

Redner: Landeshauptmann Dr. Krainer (2).

Wahl der Schriftführer und Ordner (3).

Wahl der Bundesräte (3).

Wahl des Landeshauptmannes (4).

Redner: 3. Präsident des Steiermärkischen Landtages Feldgrill (4), 1. Landeshauptmannstellvertreter Gross (4), Abgeordneter Ing. Turek (6).

Wahlvorgang (8).

Wahl der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (8).

Redner: Landeshauptmann Dr. Krainer (9).

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren!

Es findet heute die erste Sitzung in der 10. Gesetzgebungsperiode statt.

Gemäß § 11 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes und § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat der Präsident des bisherigen Landtages den neugewählten Landtag binnen vier Wochen nach der Wahl einzuberufen, die Angelobung der Abgeordneten durchzuführen und die Wahl des Vorstandes des neuen Landtages nach den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung zu leiten. Den Präsidenten des bisherigen Landtages obliegt daher der Vorsitz im neugewählten Landtag bis zur Wahl eines Präsidenten.

In diesem Sinne eröffne ich nach der Landtagswahl vom 4. Oktober 1981 die erste Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der X. Gesetzgebungsperiode.

Die Tagesordnung wurde Ihnen bekanntgegeben.

Wird hiegegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Bei Neueröffnung des Landtages beruft in der 1. Sitzung der Präsident des bisherigen Landtages gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Landtag vertretenen

Parteien berufe ich zu dieser vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer die Abgeordneten Josef Lind, Prof. Dr. Karl Eichtinger, Hans Brandl und Margareta Meyer.

Gemäß § 11 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes und § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der ersten Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abgeordneten Josef Lind zu mir heraufzukommen, die Angelobungsformel und sodann die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Die Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Angelobung durch die Worte „ich gelobe“ zu leisten.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses bitte ich, sich zu diesem Zwecke von den Sitzen zu erheben.

(Verlesung der Angelobungsformel und der Namen der Abgeordneten durch Abgeordneten Josef Lind.)

Hans Brandl: Ich gelobe.

Rupert Buchberger: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura: Ich gelobe.

Dr. Leopold Johann Dorfer: Ich gelobe.

Prof. Dr. Karl Eichtinger: Ich gelobe.

Alois Erhart: Ich gelobe.

Franz Feldgrill: Ich gelobe.

Alexander Freitag: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs: Ich gelobe.

Gottfried Grillitsch: Ich gelobe.

Hans Gross: Ich gelobe.

Josef Gruber: Ich gelobe.

Franz Halper: Ich gelobe.

Kurt Hammer: Ich gelobe.

Georg Hammerl: Ich gelobe.

Alois Harms: Ich gelobe.

Gerhard Heidinger: Ich gelobe.

Dr. Helmut Heidinger: Ich gelobe.

Dr. Günther Horvatek: Ich gelobe.

Franz Ileschitz: Ich gelobe.

Prof. Kurt Jungwirth: Ich gelobe.

Richard Kanduth: Ich gelobe.

Hans Karrer: Ich gelobe.

Johann Kirner: Ich gelobe.

Waltraud Klasnic: Ich gelobe.

Dr. Christoph Klausner: Ich gelobe.

Simon Koiner: Ich gelobe.

Franz Kollmann: Ich gelobe.

Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren: Ich gelobe.

Dr. Josef Krainer: Ich gelobe.

Josef Lind: Ich gelobe.

Josef Loidl: Ich gelobe.

Dr. Karl Maitz: Ich gelobe.
 Margareta Meyer: Ich gelobe.
 Johann Neuhold: Ich gelobe.
 Adolf Pinegger: Ich gelobe.
 Erich Pörtl: Ich gelobe.
 Anton Prensberger: Ich gelobe.
 Josef Prutsch: Ich gelobe.
 Hermann Ritzinger: Ich gelobe.
 Dipl.-Ing. Hermann Schaller: Ich gelobe.
 Josef Schrammel: Ich gelobe.
 Hermann Schützenhöfer: Ich gelobe.
 Hubert Schwab: Ich gelobe.
 Alfred Sponer: Ich gelobe.
 DDr. Hans Steiner: Ich gelobe.
 DDr. Gerd Stepantschitz: Ich gelobe.
 Ing. Hans Stoisser: Ich gelobe.
 Peter Stoppacher: Ich gelobe.
 Dr. Dieter Strenitz: Ich gelobe.
 Franz Trampusch: Ich gelobe.
 Erich Tschernitz: Ich gelobe.
 Ing. Klaus Turek: Ich gelobe.
 Franz Wegart: Ich gelobe.
 Annemarie Zdarsky: Ich gelobe.
 Josef Zinkanell: Ich gelobe.

Präsident: Ich danke. Damit haben alle anwesenden Abgeordneten die Angelobung geleistet.

Ich weise darauf hin, daß die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages die nach dem Unvereinbarkeitsgesetz anzeigepflichtigen Funktionen nur mit Zustimmung des Landtages ausüben können. Weiters gebe ich bekannt, daß jedem Abgeordneten über seinen Wunsch ein Lichtbildausweis ausgestellt werden kann. Diese Ausweise können in der Landtagspräsidialkanzlei gegen Abgabe eines Lichtbildes angefordert werden.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Öbmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Wahlen – mit Ausnahme der Wahl des Landeshauptmannes, die mit Stimmzetteln erfolgen soll – durch Erheben einer Hand durchzuführen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Händedeichen.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Wahl des Landtagspräsidenten. Ich ersuche den bisherigen Zweiten Landtagspräsidenten, Frau Annemarie Zdarsky, den Vorsitz zu übernehmen.

Übernahme des Vorsitzes durch Frau Präsident Zdarsky:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um einen Vorschlag für die Wahl zum Landtagspräsidenten. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer um diesen Vorschlag.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Es ist mir eine große Ehre, Hohes Haus, den so überzeugenden bisherigen Präsidenten des Steiermärkischen Landtages, Herrn Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, neuerdings vorzuschlagen. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Annemarie Zdarsky: Zu diesem Wahlvorschlag liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben.

Danke, der Wahlvorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Ich frage nunmehr Herrn Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Koren, ob er die Wahl annimmt.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Ich nehme die Wahl an.

Zweiter Präsident Zdarsky: Ich übergebe dem neugewählten Landtagspräsidenten den Vorsitz und darf ihn herzlich beglückwünschen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Wir kommen nun zur Wahl des Zweiten Landtagspräsidenten.

Ich ersuche Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross um Bekanntgabe des Vorschlages der Sozialistischen Partei Österreichs.

Landeshauptmannstellvertreter Gross: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Namens der sozialistischen Fraktion dieses Hohen Hauses schlage ich für die Funktion des Zweiten Landtagspräsidenten unsere bisherige Präsidentin Frau Annemarie Zdarsky vor.

Präsident: Sie haben den Wahlvorschlag gehört. Wer für diese Wahl ist, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Ich stelle die Annahme fest. Ich frage die Frau Präsident Annemarie Zdarsky, ob sie die Wahl annimmt.

Zweiter Präsident Zdarsky: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Ich danke. Nach der Zusammensetzung des neugewählten Landtages fällt der Dritte Landtagspräsident an die Fraktion der Österreichischen Volkspartei. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer um einen Wahlvorschlag.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Zum Dritten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages schlage ich neuerlich den bewährten Freund Kommerzialrat Franz Feldgrill vor.

Präsident: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Ich bitte Sie, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Ich frage den Herrn Dritten Landtagspräsidenten Franz Feldgrill, ob er die Wahl annimmt.

Dritter Präsident Feldgrill: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es geziemt sich, daß der Präsident in der 1. Sitzung für das Vertrauen dankt, das ihm durch die einstimmige

ige Wahl ausgesprochen wurde. Ich spreche diesen Dank auch im Namen der Zweiten Präsidentin Frau Annemarie Zdarsky und des Herrn Dritten Präsidenten Franz Feldgrill aus.

Ich will heute keine lange Rede halten. Die Wochen der Auseinandersetzung und Gegenüberstellung der verschiedenen Standpunkte sind vorüber. Jetzt beginnen die Jahre, in denen bei aller Verschiedenheit der Auffassungen im Grunde nur mehr eines zur Verpflichtung der Abgeordneten dieses Hauses gehört, wo immer es möglich ist, zusammen das Gemeinsame zu sehen und zu suchen und im Interesse des Landes und der Menschen in diesem Lande zur Geltung zu bringen. Es ist, um es zu wiederholen, etwas Großes, für ein Land für die Ordnung, für Brot und Arbeit, für die geistige und materielle Entwicklung und für den Frieden eines Landes zu sorgen. Es werden größere Sorgen sein als die, denen wir uns bisher zuzuwenden hatten. So wird auch die Verantwortung jedes Einzelnen größer und schwerer sein. Das ist keine Phrase, sondern eine ernste Mahnung. Ein guter Wille und eine menschliche Grundhaltung müssen auch einen öffentlichen Mandatar verpflichten. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie es ebenso empfunden haben, es war doch ein bewegender Augenblick, als jeder einzelne Abgeordnete seine Gelobung ausgesprochen hat. Ich möchte es so deuten, daß in dieser ersten Sitzung jeder einzelne Abgeordnete zum Worte gekommen ist, jeder gesprochen hat und jeder all das versprochen hat, was ihm zur Gelobung vorgehalten ist. Es war eine erhebende Stunde, es ist ein erhebender, verpflichtender und uns im Grunde genommen bewegender Anfang gewesen.

Ich verspreche Ihnen, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen und in strenger Achtung der Geschäftsordnung das Amt zu führen bemüht sein werde.

Ich grüße Sie alle, meine Damen und Herren, von ganzem Herzen und sende einen Gruß auch an die Kollegen, die nach dem Sommer nicht mehr in die Landstube gekommen sind. Ich danke für Ihre Mitarbeit und Kollegialität.

Ich begrüße besonders die neuen Abgeordneten, die heute zum ersten Mal in der Landstube anwesend sind. Möge die mit der Arbeit im Land übernommene Aufgabe ein Stück Erfüllung Ihrer Lebensarbeit und Ihres Lebensglückes werden.

Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer und Ordner. Gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte vier Schriftführer. Es wurden folgende Wahlvorschläge eingebracht:

Von der Österreichischen Volkspartei:
Abgeordneter Josef Lind,
Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichtinger.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs:
Abgeordneter Hans Brandl,
Abgeordnete Margareta Meyer.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, um ein Händenzeichen.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Schriftführer gewählt.

Nach § 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages werden weiters vier Ordner vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. Für diese Wahl liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Österreichische Volkspartei:
Abgeordneter Josef Schrammel,
Abgeordneter Hubert Schwab.

Sozialistische Partei Österreichs:
Abgeordneter Hans Karrer,
Abgeordneter Anton Premberger.

Wer mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Ordner gewählt.

Wahl der Bundesräte:

Die Steiermark hat neun Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei vier Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder:
Oberamtsrat Eduard Pumpernig,
Präsident Anton Nigl,
Dr. Paul Kaufmann,
Alexander Haas,
Präsident Prim. Dr. Richard Piaty.

Als Ersatzmitglieder:

Oberamtsrat Herbert Weiss,
Dipl.-Ing. Helmut Dornik,
Dr. Lindi Kalnoky,
Bürgermeister Ing. Helmut Rauch,
Gemeinderat Emmy Göber.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder:
Margaretha Obenaus,
Leopoldine Pohl,
Adolf Schachner,
Karl Stoiser.

Als Ersatzmitglieder:

Geörg Hammerl,
Margaretha Meyer,
Dr. Martin Wabl,
Josef Zinkanell.

Auch hier ersuche ich die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen.

Nunmehr bitte ich die Klubobmänner um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglie-

der die Wahl annehmen. Hierzu erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder nehmen die Wahl an.

Präsident: Ich danke und ersuche nun den Sprecher der Sozialistischen Partei, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross: Auch die von uns vorgeschlagenen Bundesräte und Ersatzmitglieder nehmen die Wahl an.

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl des Landeshauptmannes. Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

Dritter Präsident Feldgrill: Im Namen der Österreichischen Volkspartei ist es mir eine Ehre und Auszeichnung, Ihnen den bewährten bisherigen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als Landeshauptmann vorzuschlagen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross.

Landeshauptmannstellvertreter Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es entspricht der Tradition dieses Hohen Hauses, daß die Repräsentanten der im Landtag vertretenen Parteien vor der Wahl des Landeshauptmannes eine Erklärung abgeben.

Bevor ich Ihnen die Vorstellungen und Ziele der steirischen Sozialdemokraten für die X. Legislaturperiode darlege, erlauben Sie mir bitte einige persönliche Bemerkungen.

Es ist für uns Sozialdemokraten nicht nur eine Bestätigung unserer bisherigen Arbeit, sondern auch eine ernste und hohe Verpflichtung, daß die Steirerinnen und Steirer unserer Partei als einziger politischer Kraft dieses Landes am 4. Oktober ein größeres Vertrauen geschenkt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Die großen Stimmengewinne, die meine Partei erzielen konnte, und der Mandatsgewinn sind für uns ein Beweis, daß unser Weg der Zusammenarbeit im Landtag und auf allen politischen Ebenen in eindrucksvoller Weise bestätigt wurde. Wir werden diesen Weg mit all unserer Kraft weiterbeschreiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Sozialistische Partei hat nach der – wie wir noch immer glauben – sachlich unbegründeten Vorverlegung der Landtagswahl um zwei Jahre alles daran gesetzt, um so schnell wie möglich wieder zur gemeinsamen Arbeit für unsere Heimat zu gelangen. Daß die Konstituierung des Landtages und die Wahl der Mitglieder der Landesregierung heute stattfinden kann, ist das Ergebnis dieser Bemühungen.

Durch den Wahlkampf ist uns genug wertvolle Zeit verloren gegangen.

Die Probleme – vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet – mit denen wir uns konfrontiert sehen, sind seit der Auflösung des Landtages im Juli nicht kleiner

geworden. Uns Sozialdemokraten bewegen diese Fragen deshalb so besonders, weil Wirtschaftspolitik für uns keine Angelegenheit allgemeiner Theorien ist. Für uns bedeutet Wirtschaftspolitik Sorge zu tragen für den Arbeitsplatz jedes einzelnen Menschen in diesem Lande, der arbeiten will und arbeiten kann. Daher fordern wir weiterhin die Verankerung des Rechtes auf Arbeit in der steirischen Landesverfassung. (Beifall bei der SPÖ.)

Die internationale Entwicklung, insbesondere auf dem Eisen- und Stahlmarkt, hat die Schwerindustrie in unserer steirischen Heimat hart getroffen. Bis jetzt ist es den gemeinsamen Anstrengungen des Bundes und des Landes gelungen, die Folgen der krisenhaften Entwicklung so gering als möglich, auf jeden Fall viel geringer als in allen anderen westlichen Staaten, zu halten. Wir dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gefährliche Entwicklung der Weltwirtschaftslage noch immer kein Ende gefunden hat. Die Gefahr für die Arbeitsplätze in der Steiermark ist noch nicht abgewendet. Das sollen wir auch hier in dieser Stunde sagen.

Wir vertreten die Auffassung, daß es zu den Verpflichtungen der Eigentümer unserer großen Betriebe – seien es private oder verstaatlichte – gehört, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ohne Verluste von Arbeitsplätzen die derzeitige Entwicklung zu überdauern.

Wir wissen, daß diese Verpflichtung von nahezu allen Eigentümern von Unternehmungen – und der Bund zählt auf jeden Fall dazu – schon bisher ernst genommen wurde und sind sicher, daß das auch weiterhin so bleiben wird.

Wir steirischen Sozialdemokraten wollen zu Beginn dieser Legislaturperiode eines ganz klar festhalten: Gerade für jenen Bereich der verstaatlichten Industrie, für den wir uns aus alter Tradition so sehr verantwortlich fühlen und in dem Zehntausende von Menschen ihre Existenz begründet haben, muß unter allen Umständen die finanzielle Grundlage für eine gute Zukunft geschaffen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, das ist mit eine der Hauptvoraussetzungen, daß wir die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe erhalten können.

Es ist sicherlich nicht einfach – und das wissen wir alle –, die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen. Wir vertreten aber die Auffassung, daß es besser ist, auf dem Kapitalmarkt Geld aufzunehmen, um mit Investitionen und notwendigen Umstrukturierungen Maßnahmen zu setzen, um die Arbeitsplätze zu sichern, als auf den Kapitalmarkt zu gehen, um dort Anleihen für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit aufzunehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben es vor der Wahl gesagt und wir bleiben auch nach der Wahl dabei: Für unser Land darf es keinen englischen Weg einer konservativen Regierung geben.

Meine Ausführungen beziehen sich freilich nicht nur auf die Eisen- und Stahlindustrie, unsere Sorge hat genauso den Arbeitsplätzen in den anderen Industriezweigen, im Gewerbe und im Handel zu gelten.

Wir übersehen dabei nicht die Problematik, die eine wirtschaftliche Krise für die Gewerbetreibenden der

Klein- und Mittelbetriebe und die ländliche Bevölkerung mit sich bringt.

Unsere Sorgen – und wir wissen es alle – können wir nicht auf eine einzelne Region unseres Landes beschränken, sie müssen der Obersteiermark genauso gelten wie dem Grenzland, der Landeshauptstadt genauso wie der Oststeiermark und der Weststeiermark.

Die Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen unseres Landes müssen weiter ausgebaut werden, und vor allem ist es notwendig, die Steiermark mit leistungsfähigen Verkehrswegen an den zentralen europäischen Wirtschaftsraum anzuschließen. Das erfordert das Interesse der bestehenden Betriebe, und es ist notwendig, wenn wir neue Unternehmungen für eine Ansiedlung in der Steiermark gewinnen wollen.

Das Land Steiermark hat mit Vorfinanzierungen in der Höhe von eineinhalb Milliarden Schilling gezeigt, daß es bereit ist, für die Verbesserung der Infrastruktur auch finanzielle Opfer zu bringen. Wir freuen uns über die Zusage der Bundesregierung, die Schnellstraße in der Mur-Mürz-Furche bis zum Jahre 1986 fertigzustellen, die Südautobahn durch eine neue Trassenführung an der Ostgrenze unseres Landes schneller und billiger als vorgesehen auszubauen und die Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel voranzutreiben, damit die höchst belastete Transitstraße Mitteleuropas, die Pyhrnautobahn, nicht von Österreich allen finanziert werden muß.

Wir brauchen einen leistungsfähigen Anschluß an die Häfen des Adriaumes, insbesondere an den geplanten neuen Großhafen Triest, an dem sich Österreich beteiligt und wo auch die Steiermark Überlegungen über eine engere Verbindung anstellen sollte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf die Frage der Zusammenarbeit kommen, ohne die eine Lösung der anstehenden Probleme nicht möglich ist.

Es ist uns allen bewußt, daß der Geist unserer Landesverfassung von den im Landtag vertretenen Parteien die Betonung des Gemeinsamen verlangt. Zu dieser Zusammenarbeit haben sich alle drei Parteien auch in der Vergangenheit immer bekannt.

Die Konzentration der politischen Kräfte in der Steiermark allein wird aber nicht ausreichen, um mit der Zukunft fertig zu werden. Wir brauchen ebenso – das habe ich immer wieder betont – die Zusammenarbeit mit dem Bund und der Bundesregierung wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Parteipolitische Überlegungen, meine Damen und Herren, haben hier immer hinter den Interessen der Bevölkerung unseres Landes zurückzustehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben in dieser Wahlbewegung alles vermieden, was die Zusammenarbeit nach dem Wahltag aufs Spiel hätte setzen können, und wir sind froh darüber, daß die beiden anderen Landtagsparteien in ähnlicher Gesinnung gehandelt haben. Wir glauben auch, daß es jetzt gilt, zwischen Bund, Land und Gemeinden eine Basis gegenseitigen Vertrauens zu legen, um bei den Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich, die in dieser Legislaturperiode fällig sind, eine gute Grundlage für das Land und die Gemeinden zu schaffen.

Lassen Sie mich auch noch ein Wort über das Verhältnis der steirischen Sozialdemokraten zu den anderen Parteien sagen.

Wir wollen dieses Verhältnis durch korrekte gegenseitige Beziehungen, durch offene Gespräche nach allen Seiten, durch die genaue Beachtung aller getroffenen Vereinbarungen und durch gegenseitige persönliche Achtung gekennzeichnet sehen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der kleinsten Partei in diesem Hohen Hause besondere Kontrollrechte eingeräumt werden sollen und ihr diese Kontrollarbeit auch so leicht wie möglich zu machen ist. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieser Landtag und alle seine Mitglieder für alle Steirer da zu sein haben.

Sie, Herr Landeshauptmann, haben wiederholt erklärt, daß Sie ein Landeshauptmann aller Steirer sein wollen. Wir sind gerne bereit, diese Auffassung zu teilen und dazu zu sagen:

Jeder von uns in diesem Hohen Hause ist für alle Steirer da. Diese Landesregierung ist eine Regierung aller Steirer. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

So sehr die Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Verantwortung bereit sind, so wenig wird man uns bereit finden, auf Kritik dort zu verzichten, wo sie notwendig ist, oder Zustände nur deshalb zu akzeptieren, weil es sie schon lange genug gibt.

Wir brauchen in unserem Land ein Klima der geistigen und kulturellen Freiheit. Hier sollen alle modernen und schöpferischen Kräfte eine Heimat finden. Verstärkt wollen wir eine Tradition fortführen, wie sie von Erzherzog Johann, dessen 200. Geburtstag wir nächstes Jahr gemeinsam feiern werden, begründet wurde. Eine Entwicklung und Tradition, in der für Spießertum kein Platz ist.

Wir brauchen in unserem Land aber mehr Bürgernähe der politischen Instanzen und der Verwaltung. Wir brauchen mehr Instrumente der direkten Demokratie, die wir durch die Novellierung unserer Landesverfassung schaffen wollen und wir sollten nicht darauf verzichten, die Regierungs- und Verwaltungsarbeit transparenter und damit für den Bürger übersichtlicher und verständlicher zu gestalten.

Von der Forderung nach mehr Demokratie können wir auch in der Personalpolitik des Landes nicht abrücken. Hier ist es leider nicht gelungen, bei den Parteigesprächen unsere Vorstellungen zu realisieren. Wir wollen aber auch offen sagen, daß wir uns ständig bemühen werden, die Gesichtspunkte einer sparsamen Verwaltung im Auge zu behalten. Es wird auch hier noch Ansatzpunkte für Gespräche zwischen den Parteien geben.

Wenn es auch nicht überall und immer Übereinstimmung zwischen den Parteien geben kann und geben wird, so fühlen wir uns doch verpflichtet ausfindig zu machen, wo solche Gemeinsamkeiten möglich sind.

Ich möchte den Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei folgenden Vorschlag unterbreiten: Die beiden Regierungsparteien sollten ein gemeinsames Expertenkomitee beauftragen, die Programme der Parteien, Ihr Modell Steiermark und unsere Alternativen 2000, genau auf übereinstimmende Auffassungen und Vorschläge zu untersuchen. Persönlich würde ich auch eine Mitwirkung der Freiheitlichen für sinnvoll halten. Wir könnten wahrscheinlich auf diese Weise sehr rasch manches Problem beseitigen und die programmatische Arbeit vieler hun-

dert Mitarbeiter der Parteien in die Wirklichkeit umsetzen. (Beifall bei der SPÖ.) Daß wir gemeinsame Arbeit zustande bringen, haben die letzten Tage bewiesen, wo wir, in manchmal auch harten Verhandlungen, doch über wesentliche Punkte eine Einigung erzielt haben. Wir sind überzeugt davon, daß es auch eine Folge des gewachsenen Vertrauens der Steirerinnen und Steirer ist, wenn die Sozialdemokraten große Teile ihres Wahlprogrammes als feste Bestandteile der abgeschlossenen Parteienvereinbarung verankern konnten.

Ich verweise vor allem auf die Vereinbarung über die Errichtung einer großen Zahl von zusätzlichen Wohnungen durch ein Sonderwohnbauprogramm.

Ich verweise auf die Vereinbarung über die Einführung eines Pendlerpauschales, die vor einem Jahr zum ersten Mal von meiner Partei gefordert wurde. Ich verweise darauf, daß wichtige Gesetzesanträge der Sozialisten, die in der vergangenen Legislaturperiode unerledigt geblieben sind, jetzt vorrangig beschlossen werden sollen. Dazu zählt vor allem die Änderung der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, die Schaffung eines Landesrechnungshofes.

Dazu gehören aber auch so wichtige Gesetzesmaterien wie das Wissenschafts- und Forschungsförderungsgesetz, das Jugendförderungsgesetz, das Kulturförderungsgesetz, das Tierschutzgesetz sowie die Novellierung des Kindergartenförderungsgesetzes und die Geschäftsordnung für die Beiräte der Wirtschaftsförderungsgesetze.

Wir Sozialdemokraten werden alle unsere Gesetzesanträge in der nächsten Sitzung wieder einbringen. (Beifall bei der SPÖ.) Das Ergebnis der Verhandlungen, die wir mit der ÖVP geführt haben – es haben aber auch Gespräche mit den Freiheitlichen stattgefunden –, ist, so meine ich, ein guter Beginn für eine fünf Jahre dauernde Legislaturperiode.

Ich spreche deshalb von diesen fünf Jahren, weil Sie, Herr Landeshauptmann, sowohl in der Wahlbewegung als auch nachher sowie im persönlichen Gespräch mit mir versichert haben, daß die X. Legislaturperiode voll ausgeschöpft wird.

Ich habe daher berechtigten Grund zur Annahme, daß Sie heute dem Hohen Haus eine diesbezügliche Erklärung abgeben werden.

Die Sozialisten werden heute ihre Stimme bei der Wahl des Landeshauptmannes Herrn Dr. Josef Krainer geben. Wir sehen in einer Einstimmigkeit nicht den pathetischen Akt eines besonderen Vertrauensvorschlusses, sondern eine selbstverständliche demokratische Haltung, wie es sie in der Steiermark seit dem Jahre 1945 immer gegeben hat und wie es sie in allen Bundesländern mit Proporzverfassung gibt. Wir können diese Einstimmigkeit heute deshalb vertreten, weil am Ende der Parteienverhandlungen ein Ergebnis steht, das unserer nunmehrigen Stärke im Steiermärkischen Landtag entspricht.

Wir werden aus den Erfahrungen unserer Geschichte heraus weiterhin den Weg der Vernunft und der Zusammenarbeit, einen Weg der sozialen Demokratie, gehen.

Wir werden weiterhin gegen alle radikalen Kräfte, ob sie links oder rechts stehen, auftreten und vor ihnen warnen. Radikalismus und Intoleranz haben uns in der

Vergangenheit schon an den Rand des Abgrundes geführt. Wir aber wollen in Zukunft der Menschlichkeit und der Liberalität über die politischen Grenzen hinweg den Vorrang geben. So werden wir sicherlich das beste für unsere steirische Heimat und für unser Vaterland Österreich tun. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Anläßlich der Landtagsauflösung am 4. Juli 1981 habe ich namens der freiheitlichen Abgeordneten betont, daß wir keinen wie immer gearteten sachlichen Grund sehen, den Landtag zwei Jahre vor Auslaufen der Legislaturperiode aufzulösen, und ich habe unter anderem gemeint, daß es in der sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation, in welcher sich unser Land befindet, besser wäre zu arbeiten, und daß es weniger gut ist, dieses Land in einen Wahlkampf zu stürzen. Die Entwicklung in der Zwischenzeit hat gezeigt, daß diese dort von uns getroffene Auffassung durchaus richtig war, daß inzwischen eine Reihe schwieriger Probleme und Fragen auf uns hereingestürzt sind und daß wertvolle Zeit verstrichen ist, um diese Probleme einer sachlichen Lösung in einem sachlichen Klima zuzuführen. Die Österreichische Volkspartei hat sich im Juli dieses Jahres, lediglich gestützt auf Meinungsumfragen, dazu verleiten lassen, den Landtag mit ihrer Mehrheit aufzulösen und hat sich erwartet, daß sie im neuen Landtag etwa 31 bis 32 Mandate innehaben wird und hat spekuliert, daß sie ein Mandat der Sozialistischen Partei und ein Mandat der Freiheitlichen Partei abnehmen würde. Es schien ein triumphaler Wahlsieg ins Haus zu stehen. Das Ergebnis zeigt allerdings, daß die Rechnung ohne den Wähler gemacht wurde. Die Österreichische Volkspartei hat Stimmen verloren, an absoluten Stimmen, prozentuellen Stimmenanteil mehr als die Freiheitliche Partei. Die Österreichische Volkspartei hat knapp ihren Mandatsstand halten können, und die Freiheitliche Partei hat leider den schmerzlichen Verlust eines Mandates hinnehmen müssen. Dieser Anschlag auf das FPÖ-Mandat ist allerdings gelungen, jedoch nicht in jener Form, wie Sie es sich erwartet haben, meine Herren und Damen der Österreichischen Volkspartei, sondern dieses Mandat ist an die Sozialistische Partei gegangen. Wenn der Herr Landeshauptmann Krainer anläßlich einer Fernsehsendung, die ich nicht gesehen habe, aber man hat mir den Inhalt mitgeteilt, gemeint hat: Es hat sich gezeigt, daß die Vorverlegung der Wahl für das Land gut war, dann weiß ich nicht, ob sie für das Land gut war, sie hat für das Land keinen besonderen Nutzen gehabt, aber ich glaube nicht, daß er gemeint hat, daß es für das Land in der Form gut war, daß nämlich die Sozialistische Partei ein Mandat dazugewonnen hat. Während der Wahlwerbung hat sich ja herausgestellt, daß es eine Reihe von Wählern gibt, die nicht zur Kenntnis nehmen wollten, daß ein Land wie die Steiermark zur Spielwiese taktierender Politiker degradiert wird. Daß über ein Land wie die Steiermark verfügt wird, als wenn es Parteieigentum wäre. Uns war bewußt, daß wir mit einer größeren Wahlenthaltung zu rechnen haben werden und daß es gegenüber den

vor Jahren mehr ungültige Stimmen geben werde. Wir haben auch den Wähler darauf hingewiesen, daß ungültig Wählen und von der Wahlurne Fernbleiben keine politische Aussage ist. Leider konnten wir feststellen, daß diese immer wieder von uns beschworene Wählerschaft unserem Appell, zur Wahl zu gehen, und wenn sie zur Wahl geht, nicht ungültig zu wählen, unserem Appell nicht Folge geleistet hat. Gegenüber 1978 blieben 10.000 Wähler mehr von den Wahlurnen fern. Die Zahl der ungültigen Stimmen hat sich vom Jahr 1978, damals waren es 13.233 Stimmen, im Jahre 1981 auf 20.325 Stimmen erhöht. Das sind ungefähr eineinhalb Landtagsmandate, die Zahl der ungültigen Stimmen. Dieser Umstand, meine Damen und Herren, sollte uns doch zu denken geben, unabhängig vom Wahlausgang, weil sich auch in der Zwischenzeit herausgestellt hat, daß bei denen, die nicht zur Wahl gingen, beziehungsweise bei den Wählern, die ungültig wählten, es sich zum großen Teil um Jungwähler gehandelt hat, um Menschen, die den offensichtlich derzeit praktizierten Stil in der Politik nicht gutheißen können und ihn ablehnen, und daß es sich auch bei diesen Wählern um Menschen handelt, die überhaupt allgemein zu zweifeln scheinen, ob unser demokratisches System in der Lage ist, die schwierigen Probleme der Zukunft zu meistern. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es alle hier im Landtag vertretenen Parteien bewegen muß, wenn wir mit immer größeren Abstinenzen von der Wahlurne zu rechnen haben, und wir dürfen uns dann nicht wundern, daß es dann plötzlich neue Bewegungen gibt, die dort und da, wie in der Bundesrepublik Deutschland schon an Hand von Beispielen nachweisbar, vielleicht zum Teil attraktiver wirken als die etablierten Parteien.

Die Wahlauseinandersetzung hat sich, wie in den vergangenen Jahren, aber diesmal in erhöhter Form, als eine Materialschlacht dargestellt. Die Freiheitliche Partei hat bei dieser Wahl – das sage ich hier ganz offen – drei Millionen Schilling ausgegeben, und ich nehme an, nachdem ich hier Gespräche mit Vertretern anderer Parteien geführt habe, daß die zwei anderen Parteien etwa das Zehn- bis Fünfzehnfache dafür zur Verfügung hatten. Ohne die Wirkung dieser Ausgaben überschätzen zu wollen, ist es doch so, daß natürlich das Nahebringen politischer Argumente weitestgehend – wie es sich in der Vergangenheit herausgestellt hat – eine Frage des Geldes ist und auch durch Werbefachleute bestätigt wird, daß andererseits die Einschätzung einer Partei selbstverständlich auch nach ihrer optischen Präsenz erfolgt. Hier hat die Freiheitliche Partei mit den zwei anderen wahlwerbenden Gruppen nicht mittun können. Allerdings, meine Damen und Herren, konnten wir auch feststellen, daß sich in der letzten Phase des Wahlkampfes doch schon ein sehr breiter Unwille in der Wählerschaft breitgemacht hat, daß nämlich wegen der Überflutung an Werbematerial und sonstiger Werbemittel Kritik und Ablehnung beim Wähler sehr deutlich verspürbar waren.

Auf Grund dieser Tatsache, meine Damen und Herren, und im Hinblick auf den Umstand, daß ja eine öffentliche Parteienfinanzierung stattfindet, wäre es vielleicht doch angebracht, wiederum die Gespräche aufzunehmen, in Zukunft eine Wahlkampfkostenbeschränkung neuerlich zu erörtern, um hier jenen Unwille in der Bevölkerung doch etwas zu dämpfen.

Vor der heutigen konstituierenden Landtagssitzung haben Parteienverhandlungen mit der Österreichischen Volkspartei und informelle Gespräche mit dem Obmann der Sozialistischen Partei von seiten der Freiheitlichen Partei stattgefunden. Ich gestehe zu, daß die Parteienverhandlungen mit der Österreichischen Volkspartei vom Willen getragen waren, in diesem Haus wirklich eine Zusammenarbeit zwischen allen drei Parteien zu finden, daß diese Verhandlungen in einem sehr sachlichen Klima stattgefunden haben, und ich glaube auch, daß das Verhandlungsergebnis – jedes Verhandlungsergebnis ist ja ein Kompromiß – zu einem für die Freiheitliche Partei doch günstigen Kompromiß geführt hat.

Wir werden wieder – wie in den vergangenen Jahren – den Vorsitz im Kontroll-Ausschuß innehaben, in den übrigen Ausschüssen werden wir einen Sitz mit beratender Stimme innehaben, und es wird unserem besonderen Anliegen nach Einrichtung eines Landesrechnungshofes Rechnung getragen, indem angestrebt wird, diesen Landesrechnungshof nach Möglichkeit bis 30. Juni 1982 Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich möchte aber auch hier betonen, daß die Österreichische Volkspartei nicht bereit war, in einer Parteienvereinbarung eine Bestimmung vorzusehen, die eine Landtagsauflösung nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit vorsieht. Ich habe das schon anlässlich der Auflösung hier angezogen und gemeint, um vor willkürlichen Landtagsauflösungen in Zukunft geschützt zu sein, wäre es günstig, eine Zwei-Drittel-Mehrheit für solche Auflösungen – wie zum Beispiel in Oberösterreich vorgesehen – auch in der Steiermark vorzusehen. Die Österreichische Volkspartei war nicht bereit, eine Objektivierung bei den Personalaufnahmen im Land vorzunehmen beziehungsweise Platz greifen zu lassen, und die Österreichische Volkspartei war auch nicht bereit, Objektivierungskriterien für Lehrereinstellungen beziehungsweise für Schulleiterernennungen ausarbeiten zu lassen oder hier den guten Willen zu zeigen, daß solche ausgearbeitet werden.

Wir werden selbstverständlich diese Anliegen – wir haben ja andere auch noch, aber das sind sehr wesentliche Anliegen von uns – weiter betreiben, und wir haben gerade anhand des Landesrechnungshofes festgestellt, daß auch in der Politik offensichtlich steter Tropfen den Stein höhlt, und ich bin auch überzeugt, daß in diese Richtung hingehende stete Tropfen dort und da auch den Stein höhlen werden.

Was die Landeshauptmannwahl anbelangt, haben wir bereits vor der Wahl erklärt, daß wir Dr. Krainer zum Landeshauptmann mitwählen werden. Es wird, nachdem mein Vorredner, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, für die Sozialistische Partei bereits erklärt hat, daß auch die sozialistische Fraktion Dr. Krainer mitwählen wird, zu einer einstimmigen Wahl kommen, wie sie seit dem Jahr 1945 in diesem Haus Tradition war.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß dieses Mitwählen des Landeshauptmannes von uns der Ausdruck einer Konsensbereitschaft ist, die einfach notwendig ist, um die schwierigen Probleme unseres Landes durch Zusammenwirken aller politischen Kräfte zu lösen.

Tatsache ist leider, meine Damen und Herren, daß Tausende Steirer derzeit um ihren Arbeitsplatz bangen

und daß es eine humanitäre Aufgabe ist, ihnen ihren Arbeitsplatz zu sichern beziehungsweise ihnen einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, dort, wo die Gefahr besteht, daß sie den derzeit angestammten Arbeitsplatz verlieren.

Die Probleme unserer steirischen Wirtschaft, meine Damen und Herren, sind hier des öfteren schon erörtert worden. Wir werden in nächster Zeit anlässlich der Verabschiedung des Budgets ja wiederum hinlänglich Gelegenheit haben, diese Probleme zu beleuchten, und ich möchte das anlässlich der konstituierenden Sitzung jetzt nicht tun. Wir werden uns damit leider Gottes noch sehr oft in diesem Haus beschäftigen müssen.

Ich glaube aber, daß mit Polemik und Demagogie beziehungsweise gegenseitigem Beschuldigen die Schwierigkeiten sicher nicht zu lösen sein werden, sondern daß es notwendig sein wird, sachliche und nüchterne Analysen anzustellen, daß Entscheidungen getroffen werden und daß alle mitwirken, daß diese Entscheidungen einer menschlichen Realisierung entgegengeführt werden.

Die Freiheitliche Partei ist hier gewillt, einen Beitrag zu leisten. Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Mitarbeit angeboten, wir haben immer betont, dort, wo wir zur Mitarbeit eingeladen werden, werden wir selbstverständlich auch unsere Bereitschaft bekunden, hier mitzuwirken.

Ich hoffe im Namen unseres Landes und im Namen aller Steirer, daß die kommende Legislaturperiode des Steiermärkischen Landtages in der Form wirkungsvoll und erfolgreich wirken möge, daß die Probleme, die uns alle bewegen, auch möglichst positiven Lösungen zugeführt werden können. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang.

Vorher bitte ich aber die frischgewählten Bundesräte, von ihren ihnen zugewiesenen und angemessenen Plätzen Gebrauch zu machen. Bitte sehr, meine Herren.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Josef Lind und Hans Brandl, je zwei Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten einen Stimmzettel wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen. Es gibt also jeder Abgeordnete nur einen Stimmzettel ab. Ich bitte die Herren Abgeordneten Brandl und Lind, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmenauszählung hat ergeben: Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben, ein Stimmzettel ist leer. 55 Stimmzettel lauten auf Dr. Josef Krainer. (Allgemeiner starker Beifall.)

Ich frage den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Herr Landeshauptmann!

Der neue Landtag hat nach dem Votum des 4. Oktober die Wahl bestätigt, die vor gut einem Jahr dir

die Last und die Würde des höchsten Amtes im Land aufgebürdet hat. Ich beglückwünsche dich herzlich und aufrichtig zu dieser Bestätigung und wünsche ebenso herzlich und aufrichtig, daß dir die Kraft und die Gesundheit weiterhin gegeben sind, um deinem Vorsatz gemäß, deinen Arbeitswillen und deine Verantwortungsfreude ungeteilt dem ganzen Land und allen Menschen des Landes zuzuwenden. Dazu ein herzhaftes steirisches Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsmitglieder.

Nach § 28 des Landes-Verfassungsgesetzes besteht die Landesregierung aus neun Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsmitglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältnis der letzten Landtagswahl aufzuteilen. Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei Österreichs vier Regierungsmitglieder, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen ist.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Wahlvorschlag für die vier weiteren Regierungsmitglieder.

Dritter Präsident Feldgrill: Es ist mir eine Ehre, im Namen der Österreichischen Volkspartei für die Wahl der Regierungsmitglieder folgende Herren vorzuschlagen: Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, Landesrat Simon Koiner, Landesrat Prof. Kurt Jungwirth und Landesrat Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs.

Präsident: Ich danke. Nunmehr ersuche ich einen Sprecher der Sozialistischen Partei um einen Wahlvorschlag von vier Regierungsmitgliedern.

Abg. Brandl: Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für die Wahl in die Steiermärkische Landesregierung schlage ich im Namen der Sozialistischen Fraktion die bisher in dieser Funktion bewährten Mitglieder und zwar Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und die Herren Landesräte Josef Gruber, Dr. Christoph Klauser und Gerhard Heidinger, vor. Ich bitte diesem Vorschlag die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich lasse über diese Wahlvorschläge getrennt abstimmen. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Nunmehr bitte ich die Damen und Herren, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Wahlvorschlages fest.

Nunmehr ersuche ich die gewählten Regierungsmitglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um ihre Erklärung, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs: Ich nehme die Wahl an.

Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landesrat Josef Gruber: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landesrat Gerhard Heidinger: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landesrat Prof. Kurt Jungwirth: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landesrat Dr. Christoph Klausner: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landesrat Simon Koiner: Ich nehme die Wahl an.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart: Ich nehme die Wahl an.

Ich ersuche die gewählten Regierungsmitglieder auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

(Begrüßung der Regierungsmitglieder durch den Präsidenten.)

Nunmehr erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages!

Ich entnehme der heutigen „Kleinen Zeitung“, daß der nun doch wiedergewählte Landesrat Prof. Jungwirth in meiner Vertretung gestern erklärt hat „ich hätte zwar am 4. Oktober viele Stimmen bekommen, aber meine eigene verloren“, und daher bitte ich Sie um Entschuldigung, wenn ich in dieser Antrittsrede etwas leiser sein werde als üblicherweise.

Die wahlberechtigten Steirerinnen und Steirer haben bei den Landtagswahlen am 4. Oktober eine klare Entscheidung getroffen und, wie wir feststellen können, den Parteien auch eindeutige Aufträge erteilt. Das Wahlergebnis vom 4. Oktober und das hohe Maß an Vertrauen, das auch mir persönlich geschenkt wurde, sind darüber hinaus für mich ein ehrenvoller Auftrag, den ich mit meiner ganzen Kraft und mit der Solidarität meiner Freunde erfüllen will. Dieses große Vertrauen und die Tatsache, daß Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, mir heute wiederum so wie am 4. Juli 1980 einstimmig die höchste Verantwortung unseres Landes übertragen haben, werden mich in meiner künftigen Arbeit sicherlich ganz besonders leiten. Ich werde – wie das ja auch alle Sprecher schon angenommen haben – in all meinem Tun und meinem Handeln bemüht sein, ein Landeshauptmann aller Steirer zu sein und mein Bestes für Sie und unser Land zu geben.

Das Wahlergebnis ist für uns alle auch der eindeutige Auftrag zur Weiterführung des bewährten steirischen Weges einer eigenständigen Politik der Zusammenarbeit. Es ist ein Auftrag zu jener Zusammenarbeit, die die steirische Politik seit Jahrzehnten auszeichnet und zu der wir uns auch seit dem 4. Juli 1980 in Landesregierung und Landtag überzeugend haben finden können. Im Geiste dieser Zusammenarbeit und im Interesse der unverzüglichen Fortsetzung unserer Arbeit haben wir auch die Parteienverhandlungen in einem konstruktiven Klima sehr rasch abschließen können. Und ich danke bei dieser Gelegenheit Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross auch ganz persönlich und Herrn Bürgermeister DDr. Alexander Götz als den Landesobmännern von SPÖ und FPÖ in der Steiermark, sowie den übrigen Mitgliedern der Fraktionsdelegationen für den Geist der

Sachlichkeit, wenn auch manches Mal einer harten Sachlichkeit, in diesen Verhandlungen der letzten Tage. Durch die heutige Konstituierung des neugewählten Landtages und die Wahlen zum turnusmäßigen Beginn der Herbstsession geht der steirischen Legislative kein einziger Arbeitstag verloren. Und ich möchte in der Antrittsrede des Landeshauptmannes auch darauf verzichten, in polemischer Weise auf das einzugehen, was vorher in polemischer Weise in diesem Zusammenhang gesagt wurde. Ich gratuliere den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung, die mit mir heute gewählt wurden, sehr, sehr herzlich, und ich wünsche für die weitere Regierungstätigkeit viel Erfolg im Interesse unseres Landes. Besonders herzlich gratuliere ich dem Herrn Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren zu seiner einstimmigen Wahl, und ich danke ihm, daß er wiederum sozusagen als der Vater unserer großen Landtagsfamilie weiterwirken wird. Meine herzliche Gratulation, die ich auch der Zweiten Landtagspräsidentin, Frau Annemarie Zdarsky, und dem Herrn Dritten Landtagspräsidenten Franz Feldgrill entbiete, sind ebenso ein Ausdruck der Verbundenheit mit der Führung dieses Hohen Hauses.

Das Wahlergebnis ist für uns alle der verpflichtende Auftrag, volle fünf Jahre, getragen vom Vertrauen der Bevölkerung, ohne Schielen auf Wahltermine und parteitaktische Vorteile an der Lösung der großen Probleme und Aufgaben für unser Land gemeinsam zu arbeiten. Diese Konzentration auf die Arbeit bei gleichzeitiger Vermeidung eines Dauerwahlkampfes war das erklärte Ziel unserer Wahlvorverlegung. Die nahezu tagtäglichen Alarmnachrichten aus der steirischen Wirtschaft, insbesondere aus dem Bereich der Betriebe der verstaatlichten Industrie und der verstaatlichten Banken, wie überhaupt ganz besonders der Eisen- und Stahlindustrie, wenn ich nur an die deprimierenden Meldungen Donawitz betreffend denke und an die Debatte, die wir anlässlich der Auflösung des Landtages am 10. Juli in diesem Zusammenhang führten, haben die absolute Richtigkeit und die Notwendigkeit der Vorverlegung im Interesse unseres Landes und der Menschen dieses Landes erneut bewiesen. Wir brauchen in einer so ernsten Situation eine voll aktionsfähige Landesregierung, die mit ganzer Kraft dem hohen Anspruch ihrer Verantwortung gerecht werden kann.

Ich wiederhole das, was ich während des Wahlkampfes und schon vorher, aber auch unmittelbar danach gesagt habe, und gebe die definitive Erklärung ab: Wir haben die feste Absicht, die ganze Legislaturperiode – also volle fünf Jahre – für die gemeinsame Arbeit zu nützen. Wir sind auch bereit, möchte ich Ihnen von den anderen Landtagsparteien sagen, im Zuge der heranstehenden Reform der Landesverfassung eine entsprechende Sperrklausel für Vorverlegungen vorzusehen, allerdings unter der Bedingung – und das habe ich in den Gesprächen schon vor dem Sommer den Parteiführern gesagt – daß Landtags- und Bundeswahlen nicht im selben Jahr stattfinden. Es ist daher an Ihnen, meine Damen und Herren der Sozialistischen und der Freiheitlichen Fraktion, die der Vorverlegung im Sommer nicht zugestimmt haben, entsprechend rechtsgültige Erklärungen ihrer Bundesparteileitungen für die notwendigen Verhandlungen mit uns zu erreichen. Auch das habe ich Ihnen ja schon vor dem Sommer gesagt. Denn in dieser Frage, nehme ich an, sind wir uns ja alle

in diesem Hohen Hause einig, nämlich, daß die Eigenständigkeit der steirischen Landtagswahlentscheidung in jedem Fall gewährleistet sein muß. Das Wahlergebnis, meine Damen und Herren, ist aber auch Ausdruck einer bemerkenswerten Stabilität im Kräfteverhältnis der steirischen Landtagsparteien. Ich sage es ganz offen, daß mir persönlich eine konsolidierte steirische SPÖ angesichts der großen Zukunftsprobleme und einer im Interesse des Landes so notwendigen Partnerschaft in der Regierung durchaus sinnvoll erscheint, wobei ich auch ausdrücklich betonen will, daß richtigerweise auch die steirische FPÖ als dritte politische Kraft weiterhin im Landtag vertreten ist. Denn wir sind Verfechter eines politischen Systems, das nicht auf die Polarisierung, sondern auf die Integration der politischen Kräfte abzielt.

In dieser Hinsicht müssen wir auch aufmerksam registrieren, daß die Wahlbeteiligung geringfügig, aber doch, von 94,71 Prozent auf 93,76 Prozent, also fast um ein Prozent, gesunken ist, und daß sich die Zahl der ungültigen Stimmen von 1,75 auf 2,62 Prozent, also ebenfalls fast um ein Prozent der abgegebenen Stimmen, erhöht hat. Das ist für uns kein Anlaß zur Dramatik. Denn zahlreiche Fachleute weisen auf die europaweit leicht rückläufige Wahlbeteiligung hin und heben die Tatsache hervor, daß sie sich bei uns, Gott sei Dank, noch immer in Größenordnungen bewegt, von denen alte Demokratien wie Großbritannien oder die USA, oder auch die Schweiz, nur träumen können.

Für mich ist es aber auch ein Anlaß zur Nachdenklichkeit, ein Phänomen, an dem man nicht kommentarlos vorübergehen soll. Und es ist vor allem auch ein Fingerzeig für ein besonderes Bemühen, das Vertrauen jener wieder zu gewinnen, die diesmal ungültig oder nicht gewählt haben. Soweit das meine Gemeinschaft betrifft, möchte ich gerne erklären, daß wir uns sehr intensiv in dieser Richtung bemühen wollen.

Denn das Vertrauen der Bevölkerung ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie und das wertvolle Kapital einer zukunftsorientierten Politik. Zu einer solchen Gesinnung gehört es auch, sich zu fragen, was für das nächste Mal noch besser gemacht werden kann, sich ständig zu fragen, was besser gemacht werden kann. Und dieses Vertrauen ist es auch, das die so notwendige Eigeninitiative und Solidarität in allen Bereichen des Lebens anregt, ermutigt und ermöglicht.

Wenn jemand einen Anlaß dazu spürt, diese Feststellung mit einem süffisanten Lächeln zu bedenken, so mag das seine Sache sein. Denn diese Eigenschaften, meine Damen und Herren, werden wir gerade für die Gestaltung unserer Zukunft angesichts der großen Probleme der kommenden Jahre ganz besonders notwendig brauchen. Mit Glaubwürdigkeit, mit einer politischen Ethik der Anständigkeit und sauberen Ordnung, mit einer ehrlichen und ernsthaften Bereitschaft zum Dialog ohne Anbiederung, zu einem Klima der Offenheit und Liberalität, das unser Land immer ausgezeichnet hat, und einer echten Erneuerungsbereitschaft - mit diesen Grundsätzen unserer Politik wollen wir Vertrauen erwecken und neues Vertrauen schaffen. Die Offenheit für gute und neue Ideen, auch wenn sie oft kritisch und unbequem sind, steht in keinem Gegensatz zur Kontinuität unserer steirischen Politik. Im Gegenteil: Aus ihr erwächst, so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft eine dauernde Aufgabe. So bauen wir auch, sage ich bei dieser Gelegenheit, auf

die große religiöse Kraft und den ökumenischen Geist unserer Kirchen, wie sie gerade heuer in den bewegenden und großen Ereignissen des steirischen Katholikentages und des evangelischen Toleranzjahres spürbar geworden sind. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Menschen die über eine rein materialistische Lebensweise hinausreichenden Sinnfragen des modernen Lebens stellen, sind dies besonders ermutigende Zeichen der Hoffnung.

Steirische Politik, steirisches Klima der Zusammenarbeit, steirische Eigenständigkeit. Wir wollen diese Begriffe nicht durch klischeehafte und gedankenlose Verwendung inflationieren oder über Gebühr strapazieren. Aber wir verwenden sie mit unserem Selbstbewußtsein und sind stolz auf das „Steirische“. Denn jeder, wo immer er steht, sei er Intellektueller, Bauer, Arbeiter, Angestellter, Unternehmer oder Beamter, fühlt, daß das „Steirische“ existiert und lebt. Das darin enthaltene Bekenntnis zur Bindung an die Heimat, zur gemeinsamen Aufgabe einer positiven Lebensgestaltung im überschaubaren Raum, zur spezifischen Problemlösungskraft einer Region und ihrer Menschen, zur kulturellen und geistigen Vielfalt der österreichischen Bundesländer im Verband unseres Vaterlandes ist besonders für unsere Zukunft von allerhöchstem Wert. Gerade auch das Thema von Trigon 81 „Auf der Suche nach den Autonomien - der Regionalismus in der Kunst“ beweist die Aktualität des Themas besonders auch in der Kunst. Die Wiederentdeckung und Neuentwicklung eines entschlackten Heimatbegriffes ist auch eines der entscheidenden Themen moderner Literatur: Heinrich Böll, Peter Handke, Alfred Kolleritsch, Gerhard Roth, Alois Hergouth, aber auch Max Frisch oder Siegfried Lenz, um nur einige zu nennen, haben sich in ihren Aussagen und Werken in den letzten Jahren immer wieder mit dem Thema „Heimat“ auseinandergesetzt. Und, meine Damen und Herren, Elias Canetti, dem dieser Tage der Literaturnobelpreis zugesprochen wurde und den ich gerade in diesen drei Tagen meines Exerzitiums des Schweigens intensiv nachlesen konnte und dessen Oeuvre wir mehrmals im Steirischen Herbst erleben konnten, hat sich als in Zürich und London lebender Kosmopolit zu Österreich als seine literarische Heimat bekannt. Czeslaw Milosz, der als gebürtiger Pole den mutigen Weg seiner Landsleute aus dem Pariser Exil verfolgen muß und im vergangenen Jahr diese weltweit bedeutendste literarische Auszeichnung des Nobelpreises erhalten hatte, sagt über den Begriff Heimat: „Diese Bindung ist wie ein Anker, der ganz tief hinabreicht und uns festhält.“ Überschaubarkeit, Geborgenheit, Mitgestaltungsmöglichkeit in der kleinen Gemeinschaft, in der bewußt wiedergewonnenen Heimat - danach sehnen sich in unseren Tagen so viele Junge und Alte - und das gibt schließlich auch Antwort auf die Anonymität, die Krisenanfälligkeit, ja auch auf die Kälte moderner Großstadtkulturen und vieler Zivilisationskrankheiten. Der Liberale und Direktor der London School of Economics, Ralf Dahrendorf, hat es in der Sprache des Ökonomen auf eine kurze Formel gebracht. Zitat: „Dezentralisierung ist das Thema der Stunde, und zwar in Wirtschaft und Gesellschaft.“ Zitatende. Daher wollen wir die Föderalismusdiskussion, die nach unserem Verständnis die kleinen Gemeinschaften und Familien sowie die Länder und die Gemeinden miteinschließen muß, auch weiterhin mit steirischen Wortmeldungen

bereichern. Denn aus dem Begriffspaar von Heimatverbundenheit und wohlverstandener, ja notwendiger Weltoffenheit entspringt die Kraft, um unsere Verantwortung im größeren nationalen und auch im internationalen Rahmen wahrzunehmen. Dazu sind wir in unserer geopolitischen Lage als Land an der Grenze und angesichts der dramatischen weltpolitischen Situation, vor deren Hintergrund wir auch unsere steirische Politik sehen müssen, besonders gefordert. Die Ermordung des Präsidenten Sadat und die vorangegangenen Attentate auf Papst Johannes Paul II. und den Präsidenten Reagan, die mörderischen Terroranschläge, die auch in Österreich auf Heinz Nittel und die Wiener Synagoge verübt wurden, die neuerliche Zuspitzung der Lage in Polen sind einige aktuelle Momentaufnahmen unserer in Wahrheit so unruhigen und friedlosen Welt. Einer Welt, die auf der anderen Seite von der tiefen Sehnsucht des Menschen nach Frieden, nach Freiheit und nach Gerechtigkeit gekennzeichnet ist.

Wir wollen daher diese Friedensgesinnung, die mit einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft unseres Landes einhergehen muß, im eigenen Haus stärken, unsere aktive Nachbarschaftspolitik weiter intensivieren und vor allem auch mit konkreten Hilfestellungen und Partnerschaften unserer Politik, der Öffnung gegenüber den Problemen der armen Länder und besonders auch der Dritten Welt, fortsetzen. Denn, meine Damen und Herren, gerade der Welternährungstag in der vorigen Woche hat neuerdings erschütternd gezeigt, wie drängend und groß allein das Problem des Hungers in der Welt von heute ist.

Ich habe die Kontinuität der steirischen Politik unterstrichen. So haben wir mit unserem Modell Steiermark ein lang diskutiertes Konzept hervorragender Theoretiker und Praktiker für die steirische Zukunft vorgelegt. Und erfreulicherweise haben auch die anderen politischen Parteien des Landes ihre programmatischen Überlegungen angestellt und bringen sie in unsere gemeinsame politische Arbeit ein. Und ich nehme gerne Ihren Vorschlag auf, Herr Kollege Gross, daß Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen unsere, Ihre und – wenn es erwünscht ist – auch Repräsentanten der Freiheitlichen Partei Gespräche in dieser Richtung aufnehmen, was wir ohnedies selbst seit vielen Monaten auch in der praktischen Politik tun. Denn vieles, was wir realisieren konnten und was wir beabsichtigen, ist ein integrierender Bestandteil unseres Modells Steiermark und, wie ich annehme, in Ihrer Politik, Ihrer programmatischen Überlegung. Wir beschreiben mit diesen Programmen hoffnungsvolle und realistische Perspektiven, die wir Schritt für Schritt konsequent realisieren wollen. Denn wir müssen mit einer längerfristigen Orientierung durch diese programmatische Arbeit einer Kurzatmigkeit und opportunistischen Augenblicksentscheidungen entgegenwirken. Wir müssen vielmehr mit einer neuen Dynamik der Ideen die Herausforderungen der so schwierigen Gegenwart und Zukunft aufgreifen und – Präsident Koren hat es in seinem kurzen Wort ganz einfach und überzeugend gesagt „die Zeiten werden schwerer“ – zu beantworten suchen. Und ich möchte wiederholen, was der Präsident des Landtages in anderer Weise gesagt hat: Die vor uns liegenden Jahre werden nicht leichter sein als die hinter uns liegenden, aber sie können bewältigt werden. Wenn auch eine große, große Kraftanstrengung dazu nötig ist.

Und dazu brauchen wir nicht Schönfärberei oder Schwarzmalerei, keine rosaroten und keine schwarzen Brillen, wir brauchen nicht Illusion oder Resignation, sondern wir brauchen nüchternen Realitätssinn, aber auch viel schöpferische Kraft, viel Phantasie und viel Mut auch zu neuen Wegen. Und wir brauchen vor allem realistischen Optimismus und den Willen zu gemeinsamer Kraftanstrengung. Wir brauchen also die Besinnung auf beste steirische Traditionen, mit denen unsere Väter und Vorväter im Laufe der Jahrhunderte, und auch in diesem Jahrhundert und nach dem Jahre 1945 ganz besonders, schwierigste Situationen gemeistert haben: Auf diese Weise werden wir Vertrauen schaffen und stärken, werden wir da und dort Zukunftsangst ein wenig zurückdrängen können und viele Menschen zur Mitgestaltung gewinnen.

Maßhalten und zusammenhalten, das habe ich in den letzten Wochen immer wieder gesagt, sind zwei Grundsätze, die uns bei diesem Vorhaben besonders leiten müssen. Golo Mann, der große deutsche Historiker, hat es so formuliert, ich zitiere: „Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen, sondern auch die Kunst des Maßhaltens. Und jedes Prinzip wird falsch in der Übertreibung; eines muß das andere balancieren.“ Zitatende.

Maßhalten, das bezieht sich auch auf unser Verhältnis zu den eigenen Ansprüchen, auf unser Verhältnis zu den Rohstoffen, zur Umwelt und zur Natur. Es bedeutet das Setzen von Prioritäten, den Willen zum Sparen und zur Konzentration auf das Wesentliche. Diese Leitmotive werden auch unsere Politik der nächsten Jahre besonders bestimmen müssen. Schon beim Landesbudget für 1982 werden wir in Kürze in der Praxis steirischer Politik eine erste Bewährungsprobe in dieser Richtung zu bestehen haben. Zusammenhalten – das bezieht sich auf die Zusammenarbeit der politischen Kräfte und insbesondere auf den Zusammenhalt und das Miteinander aller Bevölkerungsschichten. Denn im Miteinander haben wir stets mehr erreicht als im Gegeneinander, wobei hier ganz klar ist, daß solches leichter auszusprechen als zu realisieren ist. Zusammenhalten bedeutet auch die Verpflichtung zu mehr Mitmenschlichkeit und zu besonderer Solidarität mit jenen Gruppen, die es in diesen Zeiten besonders schwer haben, die vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, die im Schatten und am Rande unserer Wohlstandsgesellschaft leben, den Behinderten und den Kranken und jenen Menschen und Familien, die mit kleinen und kleinsten Einkommen auskommen müssen.

Die Frage der Gerechtigkeit, auch der sozialen Gerechtigkeit, hat in einer Zeit, in der es soviel Unrecht gibt, einen besonders hohen Stellenwert. Für Gerechtigkeit zu kämpfen ist daher eine der Hauptaufgaben in der Politik.

Denn nach Blaise Pasqual ist die Gerechtigkeit im wahrsten Sinne des Wortes ohnmächtig ohne die Macht, Macht aber tyrannisch ohne die Gerechtigkeit.

Landespolitisches Schwerpunktthema Nr. 1 ist daher nach wie vor die Schaffung und die Sicherung von steirischen Arbeitsplätzen, der wir neuerlich absoluten Vorrang geben. In dieser Forderung sind wir uns mit allen Damen und Herren dieses Hohen Hauses einig. Wir müssen dazu unseren eigenen steirischen Möglichkeiten alle erdenklichen Chancen geben. Wir müssen sie voll ausschöpfen. Aber wir müssen auch weiterhin

den Bund im verstärkten Maße zur Wahrnehmung seiner besonderen Verantwortung gegenüber den steirischen Arbeitsplätzen verpflichtet. Ganz besonders auch dort, wo er selber der Eigentümer ist. Alle Regionen und Bereiche zusammen – verstaatlichte und private Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Fremdenverkehr, öffentlicher und privater Dienstleistungsbereich – bilden die steirische Wirtschaft. Und es gibt für uns nur eine steirische Wirtschaft, die wir gemeinsam weiterhin gezielt fördern wollen. Unser Wirtschaftslandesrat hat in der kurzen Zeit seiner so ersprießlichen Tätigkeit aufbauend auf das bewährte Instrumentarium aktiver steirischer Arbeitsplatzpolitik vor dem Sommer noch ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das neue und starke Impulse, insbesondere auch für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, geben wird. Denn die mittelständischen Betriebe bilden das starke Rückgrat der steirischen Wirtschaft, und sie haben auch in den Rezessionsjahren die Arbeitsplätze statistisch nachweislich am besten gesichert. Es muß uns in der Zukunft vor allem auch um eine Strukturverbesserung, ja, um das große Wort zu gebrauchen, um eine permanente Modernisierung der Wirtschaft unter Ausschöpfung des ganzen Potentials innovatorischer Kräfte gehen. Der gezielten Förderung von Wissenschaft und Forschung und der wirtschaftsnahen Anwendung ihrer Entwicklungsergebnisse kommt daher eine ganz zentrale Bedeutung zu. Auch hier spielen die Klein- und Mittelbetriebe die entscheidende Rolle. Nach amerikanischen Untersuchungen entstehen – wie kürzlich der Wirtschaftsberater der Steiermärkischen Landesregierung Univ.-Prof. Gunther Tichy ausführte – 80 Prozent aller neuen Arbeitsplätze in US-Unternehmungen, die noch nicht vier Jahre alt sind, und zwei Drittel aller neuen Arbeitsplätze entstehen in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten.

Darüber hinaus müssen wir durch geeintes und starkes Auftreten in einer parteiübergreifenden und gesamtsteirischen Solidarität die wirtschaftlichen Lebensinteressen unseres Landes notfalls auch gegenüber den Zentralstellen des Bundes vertreten und durchsetzen. Wir erwarten daher, daß der Bund gemeinsam mit uns die wesentlichen Punkte des großen und alle Bereiche unseres Landes umfassenden Arbeitsplatzmemorandums erfüllt, das ich an der Spitze einer steirischen Regierungsdelegation zusammen mit Hans Gross, mit Christoph Klausner und Hans-Georg Fuchs dem Bundeskanzler Anfang dieses Jahres in Wien überreicht habe. Dies gilt insbesondere für verstärkte Betriebsansiedlungen, für die VÖEST-Alpine, die VEW, die Erstellung des Stahlplans, die Ersatzbetriebe für Eumig, die verstärkte Grenzlandförderung und die Fixierung der zusätzlichen jährlichen Schnellstraßenmilliarde im Mürztal und Murtal. Wir müssen uns dieser großen Aufgabe einer zukunftsorientierten Arbeitsplatzsicherung in einer Gesinnung echter Zusammenarbeit aller Ebenen – der Gemeinden, des Landes, des Bundes und der Sozialpartner – stellen, in einer Zusammenarbeit, zu der wir uns immer und auch heute ausdrücklich bekennen.

Wir werden in den nächsten Monaten auch, wie in den Parteienverhandlungen vereinbart, eine Reihe wichtiger Gesetzesmaterien und Maßnahmen zügig verhandeln und realisieren. Vorrangig sind die Reform der Landesverfassung, der Landesrechnungshof, die

Einrichtung eines selbständigen Wirtschaftskörpers für die Spitäler, das Sonderwohnbauprogramm und das Pendlerpauschale. Ein ganz besonderer Schwerpunkt, und ich freue mich über die Übereinstimmung mit meinem Ersten Stellvertreter in dieser Frage, wird 1982 das Erzherzog-Johann-Jahr anlässlich des 200. Geburtstages unseres steirischen Prinzen mit der Landesausstellung in Stainz, und zwar nicht nur in historischer und romantischer Reminiszenz, sondern als herausfordernde Mahnung und als ein Markstein zur Gestaltung der steirischen Zukunft im joanneischen Geiste sein. Der 90jährige Franz Graf Meran hat mich unmittelbar nach der Landtagswahl in den Brandhof eingeladen. Der große alte Mann hat mir dieses Haus zu erklären versucht, und immer wieder hat er gesagt, „wissen Sie Herr Landeshauptmann, mein Urgroßvater, dieser Prinz Johann, hat immer gemeint, er müsse das Gemein- und das Volkswohl über das eigene stellen. Ich bitte Sie“, hat er gesagt, „sprechen Sie in meinem Namen eine Einladung an die Damen und Herren der Landesregierung und des Landtages aus, auf den Brandhof zu kommen. Das würde mir eine große Ehre im Geiste des großen Eigentümers sein.“

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner Antrittsrede als neuer Landeshauptmann am 4. Juli 1980 umfassend zu den einzelnen Bereichen der steirischen Politik Stellung genommen. Ich unterstreiche bei dieser Gelegenheit die Gültigkeit und die Kontinuität dieser Aussagen. In der Kommunalpolitik, in der Wohnbaupolitik, in der Gesundheits- und Sozialpolitik, im Schul- und Bildungswesen, im öffentlichen Dienst, in unserer gezielten Politik für die moderne Frau, wo noch viel geschehen muß, in den für unser Land so wichtigen Bereichen der Kunst und Kultur sowie der Wissenschaft und Forschung – überall werden wir gemeinsam unsere Arbeit fortzusetzen haben und eine Vielzahl, ich sage eine Vielzahl neuer Initiativen setzen müssen. Ich bitte Sie daher alle, meine Damen und Herren, um Ihre weiterhin engagierte Mitarbeit in Landtag und Landesregierung, und ich bitte alle Landsleute um ihre Mithilfe und um ihre Mitsorge. Peter Rosegger schrieb vor 100 Jahren in der klaren Sprache des Mannes aus der Waldheimat folgende Sätze, die ich zum Abschluß zitieren möchte. Er sagt: „Ich vertraue der Zukunft. Es werden Stürme kommen, wie die Welt sie noch nicht gesehen; aber wenn wir die großen Ideale und Tugenden der Besten unserer Vorfahren und der Wenigen von heute, die Schlichtheit, die Opferwilligkeit, den Familiensinn, den Frohsinn, die Liebe, die Treue und die Zuversicht, in die Zukunft hinüberzutragen vermögen, um sie neu zu beleben und zu verbreiten, dann wird es gut werden.“ Ende dieses Zitates.

Mit diesem Wort des steirischsten unserer Dichter wollen wir an die Arbeit der nächsten fünf Jahre gehen, gemeinsam! Darum bitte ich Sie mit einem herzhaften Glück auf! (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann! Die Rede zu Beginn der neuen Legislaturperiode der fünfjährigen Arbeitszeit des Landtages und der Landesregierung war ein Bekenntnis und war ein Gelöbnis. Der Landtag hat es dankbar zur Kenntnis genommen. Ich spreche diesen Dank auch in besonderer Weise aus.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 11.20 Uhr.)